



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, 13.11.2025
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 10:35 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2,
Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ordentliche Mitglieder

Kreisrätin Barth, Heike

Kreisrat Forman, Franz Xaver, Stv. Landrat

Kreisrat Höfer, Bertram, 2. Bürgermeister

Kreisrat Müller, Günther, 2. Bürgermeister

Kreisrätin Ritter, Margit

Kreisrat Sartison, Johannes

Kreisrätin Weghorn, Doreen

Butt, Stephan

Häusinger, Timo

Reichel, Irmgard

Rohm, Katrin

Tiller, Stefan

Vertretung für Herrn Bastian Treuheit

Vertretung für Herrn Richard Redlingshöfer

Vertretung für Herrn René Rosenzweig

Vertretung für Frau Kerstin Wolf

Beratende Mitglieder

Dr. Brehm, Wilfried, Schulamtsdirektor

Creutzner, Tobias Evang.-Luth. Dekanat Fürth

Forster, Robin Kath. Kirche St. Otto

Jung, Sebastian Studien- und Berufsberater

Kaiser, Andreas Jugendamtsleiter

Riedel, Matthias Polizeioberrat

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Arneth, Holger Kämmerei
Breitenbach, Andrea Verwaltungsangestellte
Höppner, Tabea Diplom-Sozialpädagogin (FH)
Knoll, Benjamin Verwaltungsrat
Thirmeyer, Stephan Regierungsdirektor

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ordentliche Mitglieder

Kreisrat Bauer, Frank
Kreisrat Redlingshöfer, Richard
Kreisrat Treuheit, Bastian
Fremuth, Günter
Rosenzweig, René
Wolf, Kerstin

Beratende Mitglieder

Bangert, Annika Richterin
Ehrhardt, Stefan Gleichstellungsbeauftragter
Lippert, Corinna

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Vereidigung/Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die 15. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.09.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
- 3 Mitteilungen
- 3.1 Entwicklung der Jugendkriminalität im Landkreis Fürth **192/2025**
- 3.2 Jahresplanung Kommunale Jugendarbeit 2026 **193/2025**
- 3.3 Finanzielle Leistungen der Jugendhilfe für die Kindertagesbetreuung **204/2025**
- 4 Familienbildungskonzept und Etablierung Familienstützpunkt **194/2025**
- 5 Jugendhilfeplanung Rahmenkonzeption **195/2025**
- 6 Haushalt des Jugendamtes 2026 **196/2025**
- 7 Anfragen

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:30 Uhr die 16. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Vereidigung/Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder

Der **Vorsitzende** verpflichtet **Tobias Creutzner** (Ev.-Luth. Dekanat Fürth) und **Robin Forster** (Kath. Kirche St. Otto) als beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 15. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.09.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage

Gegen die Niederschrift über die 15. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.09.2025 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 3 Mitteilungen TOP 3.1 Entwicklung der Jugendkriminalität im Landkreis Fürth

Polizeiberrat Matthias Riedel (Polizeiinspektion Zirndorf) präsentiert die polizeiliche Kriminalstatistik 2024 für den Landkreis mit Fokus auf Tatverdächtige unter 21 Jahren. Die Statistik zeigt die Entwicklung der Jugendkriminalität im Mehrjahresvergleich, differenziert nach Wohnsitz und Tatort. Es werden verschiedene Deliktarten betrachtet, darunter Körperverletzungen, Rauschgiftdelikte, Diebstähle, Sachbeschädigungen sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Zur Kenntnis genommen

TOP 3.2 Jahresplanung Kommunale Jugendarbeit 2026

Andrea Breitenbach (Kommunale Jugendarbeit) stellt die Jahresplanung vor. Schwerpunkt bildet das 20. Fachsymposium zum Thema Kinderrechte am 19. Mai 2026, das als wichtiger Bestandteil der Präventionsarbeit durchgeführt wird. Zeitgleich feiert das Spielmobil sein 40-jähriges Jubiläum unter dem Motto Kinderrechte und Recht auf freies Spiel, begleitet von zahlreichen praxisnahen Impulsen. Abschließend weist sie darauf hin, dass im kommenden Jahr das Projekt JobChecker sein 20-jähriges Bestehen feiert.

Jugendamtsleiter Andreas Kaiser stellt am Beispiel der „Draußentage“ (Kooperationsprojekt des Jugendzentrums Langenzenn und der Jugendpflege Süd) unkomplizierte, gelebte Inklusion vor und verweist auf den gelungenen Pressebericht in den Fürther Nachrichten.

Kreisrätin Margit Ritter (B´90/Die Grünen) lobt die gute Jugendarbeit, die vielfältigen Aktionen der Jugendhäuser und betont, wie wichtig es ist, den Mitarbeitenden Wertschätzung zu zeigen, um sie weiterhin zu motivieren.

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) hebt die niederschweligen Angebote des Spielmobils hervor, die mit viel Engagement und Leidenschaft umgesetzt werden.

Zur Kenntnis genommen

TOP 3.3 Finanzielle Leistungen der Jugendhilfe für die Kindertagesbetreuung

Jugendamtsleiter **Andreas Kaiser** stellt die Mitteilung vor.

Zur Kenntnis genommen

TOP 4 Familienbildungskonzept und Etablierung Familienstützpunkt

Der **Vorsitzende** stellt die Vorlage vor. Ergänzend erläutert **Jugendamtsleiter Andreas Kaiser**, warum ein Familienbildungskonzept und ein Familienstützpunkt wichtig sind und wie Familien davon profitieren. Das Jugendamt möchte Familien durch dieses Konzept nachhaltig stärken und ihre Selbstverantwortung fördern. Familienstützpunkte bieten gezielte Begleitung für Personen in der Familienplanung sowie für junge Eltern mit ihrem ersten Kind und unterstützen sie dabei, ihre Aufgaben selbstsicher zu bewältigen. Der Stützpunkt soll im Januar 2027 seine Arbeit aufnehmen.

Stepan Thirmeyer (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie) weist darauf hin, dass in Schulen und Betreuungseinrichtungen zunehmend Eltern mit erheblichen Erziehungsschwierigkeiten auffallen. Das Jugendamt setzt zwar die gesetzlichen Mindeststandards durch, kann jedoch den Bereich zwischen Mindeststandard und einer „guten“ Erziehungspraxis nicht vollständig abdecken. Ein Familienstützpunkt könne genau dieses Delta auffüllen, elterliche Kompetenzen stärken und frühzeitig im Erziehungsalltag unterstützen. Dadurch ließen sich spätere Maßnahmen vermeiden, die deutlich höhere Kosten verursachen würden.

Kreisrätin Margit Ritter (B'90/Die Grünen) sieht im Familienstützpunkt eine Chance für mehr Dezentralisierung und eine stärkere Präsenz vor Ort. Das würde ihrem Anliegen entsprechen, näher an den Familien und deren konkreten Herausforderungen zu sein. Aus ihrer Sicht könnte der Familienstützpunkt den Landkreis deutlich entlasten, da Aufgaben, die derzeit im Landratsamt bearbeitet werden, wieder stärker vor Ort verlagert werden.

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) begrüßt das Angebot grundsätzlich, stellt aber gleichzeitig die gesellschaftspolitische Frage, wohin diese Entwicklung führen soll. Er verweist darauf, dass unterstützende Maßnahmen, wie der Einsatz von Schulbegleitern, exponentiell zunehmen.

Beschluss:

- a) Der Jugendhilfeausschuss beschließt das vorliegende Familienbildungskonzept.
- b) Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Jugendamtsverwaltung mit der Auswahl eines geeigneten Trägers und Standortes für einen Familienstützpunkt.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 5 Jugendhilfeplanung Rahmenkonzeption

Tabea Höppner (Jugendhilfeplanerin) stellt die zentralen Punkte der Rahmenkonzeption zur Jugendhilfeplanung im Landkreis vor. Sie betont, dass es nicht mehr darum gehe, umfangreiche Papierdokumente zu produzieren. Der Auftrag der Jugendhilfeplanung bestehe vielmehr darin, relevante Themen schnell, zielgerichtet und praxisnah „auf die Straße zu bringen“. Im Fokus steht eine kontinuierliche, weiterentwickelnde Planung, die möglichst zeitnah, partizipativ und gemeinsam mit allen Beteiligten umgesetzt wird.

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) betont, dass 10 Jahre in der Jugendhilfeplanung zu lang seien. Er begrüßt verschlankte Prozesse, um in kürzeren Abständen nachzusteuern.

Kreisrätin Margit Ritter (B´90/Die Grünen) spricht ein großes Kompliment für die Erarbeitung der Rahmenkonzeption aus.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Rahmenkonzeption zur Jugendhilfeplanung für den Landkreis Fürth.

Einstimmig beschlossen Ja 13 Nein 0

TOP 6 Haushalt des Jugendamtes 2026

Jugendamtsleiter Andreas Kaiser stellt den Haushaltsentwurf des Kreisjugendamts für 2026 vor und erläutert die aktuellen Herausforderungen. Treibende Faktoren für die steigenden Ansätze seien tarifliche Anpassungen im öffentlichen Dienst und bei den freien Trägern, Inflation und gestiegene bzw. weiter steigende Energiepreise, wachsende Fallzahlen sowie Auswirkungen von Gesetzesnovellen. So habe die Wohngeldreform 2023 zu einer deutlichen Ausweitung der Ansprüche auf Kostenübernahme für die Kindertagesbetreuung bis 2025 geführt. Kaiser präsentiert die Ausgabenentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundes- und Kreisebene, informiert über Kindeswohlgefährdungen bundesweit und im Landkreis und berichtet über die Entwicklung der Fallzahlen bei unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländern (UMA), in der ambulanten Eingliederungshilfe, bei Schulbegleitungen, in der stationären Jugendhilfe sowie in der Kindertagespflege. Die Jugendhilfeaufwendungen für 2026 werden voraussichtlich rund 32,68 Mio. € betragen, was einer Erhöhung von 5,05 % gegenüber dem Ansatz für 2025 entspricht.

9:44 Uhr Kreisrätin Heike Barth verlässt die Sitzung

Das Gremium diskutiert über die Ausgabenentwicklung in der Jugendhilfe.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Günther Müller** (CSU) informiert **Andreas Kaiser** über Kostensteigerungen infolge gestiegener und weiter steigender Energiepreise. Er weist darauf hin, dass die statistische Inflation zwar gesunken ist, sich dies jedoch nicht in den Alltagsausgaben widerspiegelt. Bei Umstellungen von Wohnformen auf andere Energiearten entstünden Mehrkosten, die die Träger durch Neukalkulation auf die Plätze in der Kinder- und Jugendhilfe umlegen. Investitionen der Träger in energetische Sanierungen führen nur selten zu spürbaren Reduzierungen der Kosten pro Platz und wirken sich damit kaum finanziell zugunsten des Landkreises aus. Weiterhin erläutert er, dass Träger eine Pufferpauschale zur Abrechnung kleinerer Ausfälle nutzen können und ihre Kalkulationen der Entgeltkommission der Regierung von Mittelfranken zur Prüfung vorlegen müssen.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, dass die Verwaltung bereits in Gesprächen mit den Trägern steht, die Forderungen kritisch prüft und nicht uneingeschränkt übernimmt.

Tabea Höppner verweist auf die Statistik der Entgeltkommission, wonach die Platzzahlen sowohl im therapeutischen als auch im heilpädagogischen zurückgehen, während die Nachfrage steigt.

Kreisrätin Margit Ritter (B´90/Die Grünen) stellt klar, dass Heime nicht beliebig hohe Preise verlangen können. Aus persönlicher Erfahrung berichtet sie über die knappe Kalkulation der Einrichtungen und die Auswirkungen auf das Personal. Zudem stünden Heime im Wettbewerb.

Kreisrat Günther Müller (CSU) verweist auf die deutliche Zunahme der Kindeswohlgefährdungen im Landkreis und fragt nach den möglichen Ursachen.

Herr Kaiser erläutert, dass es einzelne Indikatoren gibt, etwa die Einführung der Jugendsozialarbeit an Schulen, was aber die Entwicklung nicht vollständig erklärt.

Stephan Thirmeyer (Kommunales, Soziale Angelegenheiten, Gesundheitsförderung, Jugend und Familie) bestätigt einen deutlichen Anstieg der Meldungen zu Kindswohlfährdungen. Dieser Trend kann sowohl auf einen tatsächlichen Anstieg des Hilfebedarfs als auch auf eine erhöhte Sensibilität in Schulen und bei Eltern zurückzuführen sein. Die Verwaltung geht davon aus, dass Fälle heute früher beim Jugendamt gemeldet werden. Die Ursachen werden weiterhin geprüft. Derzeit können nur die relevanten Einflussfaktoren benennen.

Die Frage von **Kreisrätin Margit Ritter** (B´90/Die Grünen) nach einem oder dem Bedarfsfall einer sogenannten Persönlichen Assistenz wird schriftlich beantwortet.

Schriftliche Antwort vom 11.02.2026

Eine persönliche Assistenz können Kinder, Jugendliche und junge Volljährige ab dem Schuleintritt mit einer seelischen Behinderung oder einer drohenden seelischen Behinderung erhalten. Für sie ist das örtliche Jugendamt zuständig. Für oben genannte Kinder vor Schuleintritt und Kinder, Jugendliche und junge Volljährige mit einer geistigen, körperlichen oder einer Mehrfachbehinderung ist der jeweilige Bezirk zuständig. Eine persönliche Assistenz kann beim Kreisjugendamt beantragt werden und wird entsprechend den Möglichkeiten (siehe unten) geprüft.

In der Frage der Bezahlung ist die Persönliche Assistenz eng verknüpft mit dem sogenannten persönlichen Budget. Dabei erhält der Leistungsberechtigte den entsprechend notwendigen Geldbetrag und ist für Auswahl, Anstellung und Bezahlung der Assistenz selbst verantwortlich. Der größte Vorteil des persönlichen Budgets liegt in der höchsten Selbstbestimmung der zu erbringenden Leistung. Der hohe Organisationsaufwand über Verwaltung und Arbeitgeberpflichten, schlechtere Verhandlungsposition u.ä. sind dabei der größte Nachteil. Für das örtlich zuständige Jugendamt fehlt darüber hinaus die regelmäßige gesamtorganisatorische, pädagogische und wirtschaftliche Steuerungsfunktion der Leistung und ist ausschließlich über einen hohen Aufwand über sogenannte Zielvereinbarungen umsetzbar. Das Kreisjugendamt Fürth geht deshalb sehr vorsichtig mit dem Instrument des persönlichen Budgets um, um Menschen in besonderen Situationen nicht zusätzlich zu belasten oder zu überlasten. Für passende Bedarfe der Antragstellenden kann das persönliche Budget vom Kreisjugendamt aber berücksichtigt werden.

10:10 Uhr Timo Häusinger verlässt die Sitzung

Kreisrat Bertram Höfer (CSU) äußert Unverständnis über die anhaltende Kostenentwicklung in der Jugendhilfe, die sich innerhalb von 7 Jahren verdoppelt hat. Er stellt die Frage, ob die Gesellschaft sich diese Entwicklung noch leisten kann.

Kreisrätin Margit Ritter (B´90/Die Grünen) weist darauf hin, dass das Thema in der Jugendhilfeplanung angesiedelt ist und fordert eine stärkere Diskussion über „Familien in der Verantwortung“.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass der Landkreis präventive Ansätze verfolgt, etwa über den Familienstützpunkt und die Jugendsozialarbeit.

Tabea Höppner (Jugendhilfeplanerin) ergänzt, dass das Jugendamt Stütz- und Förderklassen einsetzt. Die Endabrechnung des letzten Schuljahres zeigt Einsparungen von über 100.000 € nach Abzug der Personalkosten. Diese Strategie soll vertieft werden.

Kreisrat Günther Müller (CSU) stellt fest, dass dem Landkreis für bestimmte Aufwendungen Erstattungsansprüche zustehen, diese aber wegen fehlender personeller Kapazitäten nicht eingetrieben werden können. Er fragt, von wem die Mittel geltend gemacht werden müssten.

Andreas Kaiser bestätigt dies und erläutert, dass Kostenerstattungsansprüche etwa gegenüber dem Bezirk oder einem anderen Jugendamt geltend gemacht werden, wenn sich die örtliche Zuständigkeit geändert hat. Er erklärt den Verfahrensablauf bei Zuständigkeitswechseln und die Regelungen zur Kostenerstattung zwischen den Ämtern.

Stephan Thirmeyer ergänzt, dass die Ansprüche nicht verloren, sondern innerhalb der Verjährungsfrist noch durchsetzbar sind. Aufgrund von Personalengpässen hat es jedoch Rückstände gegeben, die aufgearbeitet werden müssen.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass zur besseren Durchsetzung der Erträge zusätzliches Personal erforderlich ist, das allein jedoch die jährlichen Aufwandssteigerungen nicht ausgleichen kann. Er lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu und empfiehlt dem Kreistag die Übernahme in den Gesamthaushalt 2026.

Mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 1

TOP 7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Landrat Bernd Obst schließt um 10:35 Uhr die 16. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Zirndorf, den 16.02.2026

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in